

# **Gesetzentwurf**

der Landesregierung

**Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024  
(Nachtragshaushaltsgesetz 2024 – NTHG 2024)**



LAND  
BRANDENBURG

**Entwurf  
Nachtrag zum  
Haushaltsgesetz und zum  
Haushaltsplan 2024**



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Anmerkungen	4
Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024 - NTHG 2024)	5
Haushaltsübersicht	19
Einnahmen und Ausgaben Gesamtplan 2024	20
Verpflichtungsermächtigungen Gesamtplan 2024	22
Finanzierungsübersicht 2024	23
Kreditfinanzierung 2024	24
Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	25
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2024	26
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	28
Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung	33
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2024	34
Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen	36
Kapitel 20 030 Kommunalen Finanzausgleich	39
Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung	41

## Landeshaushalt

## Gesamtplan

Anmerkungen:

Es bedeuten in den folgenden Übersichten

Epl.* 01	Landtag	(LT)
Epl. 02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staatskanzlei	(StK)
Epl. 03	Ministerium des Innern und für Kommunales	(MIK)
Epl. 04	Ministerium der Justiz	(MdJ)
Epl. 05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	(MBSJ)
Epl. 06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	(MWFK)
Epl. 07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	(MSGIV)
Epl. 08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	(MWAE)
Epl. 10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz	(MLUK)
Epl. 11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	(MIL)
Epl. 12	Ministerium der Finanzen und für Europa	(MdFE)
Epl. 13	Landesrechnungshof	(LRH)
Epl. 14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg	(VerfG)
Epl. 20	Allgemeine Finanzverwaltung	(AFV)

\*(Epl. ist die Abkürzung für Einzelplan)

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch das Runden der Zahlen.

## **Gesetzentwurf der Landesregierung**

### **Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024 – NTHG 2024)**

#### **A. Problem**

Mit Beschluss des Landtages vom 20. Dezember 2023 über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung in Verbindung mit § 18b der Landeshaushaltsordnung (Drs. 7/8968-B) wird die Landesregierung in Punkt 2 und Punkt 3 des Beschlusses mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 (2 BvF 1/22) zur Vermeidung verfassungsrechtlicher Zweifel aufgefordert, dem Landtag unverzüglich für 2024 ein Nachtragshaushaltsgesetz vorzulegen.

Mit dem Urteil vom 15. November 2023 hat das Bundesverfassungsgericht das zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 des Bundes unter anderem deshalb für verfassungswidrig und nichtig erklärt, weil mit der Übertragung von Krediten, die aufgrund einer nur für das Haushaltsjahr 2021 festgestellten außergewöhnlichen Notsituation aufgenommen wurden, in ein Sondervermögen deren mehrjährige Verfügbarkeit eröffnet wurde. Das Bundesverfassungsgericht erkennt darin eine Verletzung der Prinzipien der Jährlichkeit der Haushaltsaufstellung und der Jährigkeit des Haushaltsvollzugs. Es fordert, dass Beschlüsse des Gesetzgebers zur Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach Jahren getrennt zu ergehen haben und eine entsprechend jahresbezogene Kreditermächtigung erteilt wird, von der auch nur bis zum Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres Gebrauch gemacht werden kann (2 BvF 1/22, Rn. 172, 173).

Der vom Bundesverfassungsgericht auf Bundesebene in Bezug genommene Sachverhalt unterscheidet sich grundlegend von der Situation des Brandenburger Doppelhaushalts 2023/2024, der eine zeitliche Übereinstimmung von Notlagenerklärung, Kreditermächtigungen und Maßnahmen zur Krisenbewältigung aufweist. Das Bundesverfassungsgericht hat zudem keine Ausführungen im Hinblick auf Doppelhaushalte vorgenommen.

Gleichwohl erscheint es aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zur Absicherung des „Brandenburg-Pakets“ angebracht, auf Basis des am 20. Dezember 2023 vom Landtag Brandenburg gefassten Beschlusses zum Fortbestehen der außergewöhnlichen Notsituation für das Jahr 2024, das Haushaltsgesetz 2023/2024 (HG 2023/2024) des Landes Brandenburg an die höchstrichterliche Rechtsprechung anzupassen.

Dies betrifft zum einen die Übertragungsmöglichkeit gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 HG 2023/2024 von im Haushaltsjahr 2023 nicht ausgeschöpften Teilen der Kreditermächtigung aufgrund der festgestellten außergewöhnlichen Notsituation in das Haushaltsjahr 2024 sowie gleichermaßen die in § 10 Satz 2 HG 2023/2024 ent-

haltene Übertragungsmöglichkeit für die Einwilligung in über- oder außerplanmäßige Ausgaben. Aufgrund der Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundsätzen der Jährlichkeit und Jährigkeit ist die Übertragungsmöglichkeit in § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 und § 10 Satz 2 HG 2023/2024 aufzuheben.

Die Kreditermächtigung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 HG 2023/2024 zur Finanzierung der Auswirkungen und Folgen der außergewöhnlichen Notsituation in Höhe von insgesamt 2.000.000.000 Euro (1.200.000.000 Euro für 2023; 800.000.000 Euro für 2024) wird im Haushaltsjahr 2023 voraussichtlich im Umfang von bis zu 570.000.000 Euro in Anspruch genommen. Darüber hinaus nicht genutzte Teile der Ermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 verfallen mit dem endgültigen Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2023 (aufgrund Aufhebung der Übertragungsmöglichkeit in § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 HG 2023/2024 verfällt die Kreditermächtigung gemäß § 18 Absatz 5 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung (LHO)).

Daher ist die Kreditermächtigung des § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 Buchstabe b HG 2023/2024 für das Haushaltsjahr 2024 unter Würdigung des bisherigen Krisenverlaufs sowie der Wirkung der bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Krisenbewältigung anzupassen. Dies gilt gleichermaßen für die Ermächtigung zur Einwilligung in über- oder außerplanmäßige Ausgaben gemäß § 10 Satz 1 Nummer 2 HG 2023/2024.

Die Maßnahmen des „Brandenburg-Pakets“ wurden vor dem Hintergrund der höchstrichterlichen Rechtsprechung überprüft. Insbesondere zum sogenannten „Deutschland-Ticket“ ist zwischenzeitlich bekannt, dass aufgrund der Abrechnungsmodalitäten wesentliche Ausgaben erst nach 2024, und damit außerhalb des Zeitraums der außergewöhnlichen Notsituation, fällig werden. Die Deckung dieser Ausgaben erfolgt über eine zusätzliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage bei Kapitel 20 020, Titel 359 15 sowie über Einnahmen von Seiten des Bundes gemäß § 9 Regionalisierungsgesetz.

Auf der Grundlage der mit dem Beschluss des Landtages vom 20. Dezember 2023 (Drs. 7/8968-B) erfolgten Feststellung des Fortbestehens der außergewöhnlichen Notsituation im Jahr 2024 und unter Berücksichtigung der bisher eingewilligten Maßnahmen sowie der in 2023 bereits abgeflossenen Mittel zeichnet sich für das Jahr 2024 ab, dass die notlagenbedingte Kreditermächtigung nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b in Höhe von bis zu 800.000.000 Euro nicht ausreichen wird. Vielmehr ist von einem Mittelbedarf in Höhe von bis zu 1.060.000.000 Euro auszugehen. Dieser Annahme liegen folgende Faktoren zu Grunde:

- Zum Stand 30. November 2023 wurde in Maßnahmen in Höhe von insgesamt 1.159,9 Millionen Euro eingewilligt.
- Die Ausgabemittel für das Haushaltsjahr 2023 belaufen sich dabei auf 819,0 Millionen Euro.
- Hinzu kommen im Haushaltsjahr 2023 bereitgestellte Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 278,8 Millionen Euro sowie gesetzliche Rechtsverpflichtungen in Höhe von 62,1 Millionen Euro für die Ausweitung der Elternbeitragsbefreiung und Elternbeitragsbegrenzung, die bereits für 2024 zu berücksichtigen sind.

- Der tatsächliche Mittelabfluss beträgt zum Stand 30. November 2023 482,3 Millionen Euro.
- Für das Jahr 2023 werden für die bewilligten Maßnahmen insgesamt Ausgaben im Umfang von rund 570,0 Millionen Euro erwartet.

Im Ergebnis ist nach derzeitiger Einschätzung eine Erhöhung der Kreditermächtigung für das Haushaltsjahr 2024 gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe b HG 2023/2024 um 260.000.000 Euro auf insgesamt 1.060.000.000 Euro vorzusehen.

Es kommt hinzu, dass aufgrund der anhaltend hohen Migration auch in Brandenburg die Herausforderungen für das Land und insbesondere für die Kommunen deutlich zugenommen haben. Die Brandenburger Kommunen stoßen zunehmend an die Grenzen des Leistbaren bei der Aufnahme, der Unterbringung und der Versorgung von Flüchtenden, so dass vielerorts die Gefahr einer Überforderung besteht.

Neben weiteren Maßnahmen zur spürbaren Senkung der Zahl der neu ankommenden Personen aus Drittstaaten und zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei den Kommunen haben sich der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 6. November 2023 u.a. darauf verständigt, Barauszahlungen an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuschränken. Hierzu soll eine guthabenbasierte Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards eingeführt werden. Die Ausgaben für die Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Auswahl eines Dienstleisters, der die Einführung umsetzt, sowie für die Ausgabe und Aufladung der guthabenbasierten Bezahlkarten sind im Einzelplan 20 Kapitel 030 in der Titelgruppe 64 zu veranschlagen. Die Deckung der Ausgaben innerhalb der TGr. 64 erfolgt über eine zusätzliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage bei Kapitel 20 020, Titel 359 15.

## **B. Lösung**

Die Lösung besteht in der Aufstellung eines Nachtragshaushaltes, einer Erhöhung der geplanten Ausgaben um den voraussichtlichen Mehrbedarf von rund 370,7 Millionen Euro bei gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen ebenfalls um rund 370,7 Millionen Euro.

Die Einnahmenerhöhung ist zum Teil kreditfinanziert bzw. durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage vorzunehmen. Daneben fließen Einnahmen von Seiten des Bundes in Höhe von 32,8 Millionen Euro gem. § 9 Regionalisierungsgesetz zu.

Nachdem der Landtag in seiner 77. Sitzung am 15. Dezember 2022 für die Jahre 2023 und 2024 eine außergewöhnliche Notsituation nach Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg festgestellt hat, erfolgte in der 98. Sitzung des Landtages am 20. Dezember 2023 die Beschlussfassung über das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation für das Jahr 2024. Auf dieser Grundlage ist für die Einnahmenerhöhung eine Nettokreditaufnahme nach § 18b der LHO beabsichtigt und zulässig.



Der Bestand der Allgemeinen Rücklage beträgt nach den bisher veranschlagten Entnahmen in den Jahren 2023 und 2024 rund 175,0 Millionen Euro und lässt eine zusätzliche Entnahme in Höhe von 77,9 Mio. Euro zu.

Alternative Möglichkeiten zur Schließung der Deckungslücke bestehen nicht.

## **C. Rechtsfolgenabschätzung**

### **I. Erforderlichkeit**

Das Nachtragshaushaltsgesetz 2024 ist aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen erforderlich, um den Haushaltsplan für das Jahr 2024 an die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 veränderten rechtlichen Erwägungen anzupassen und die Punkte 2 und 3 des Beschlusses des Landtages vom 20. Dezember 2023 über das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation im Jahr 2024 gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung in Verbindung mit § 18b der Landeshaushaltsordnung (Drs. 7/8968-B) umzusetzen.

### **II. Zweckmäßigkeit**

Alternativen zur Regelung durch ein Nachtragshaushaltsgesetz bestehen nicht.

### **III. Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung**

Durch den Haushaltsplan werden nach § 3 Absatz 2 LHO Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

Die Aufhebung der Übertragungsmöglichkeit von im Haushaltsjahr 2023 nicht ausgeschöpften Teilen der Ermächtigung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 HG 2023/2024 sowie von § 10 Satz 2 HG 2023/2024 in das Haushaltsjahr 2024 unter gleichzeitiger Anpassung des Ermächtigungsrahmens gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 Buchstabe b und § 10 Satz 1 Nummer 2 HG 2023/2024 auf 1.060.000.000 Euro hat direkte positive Auswirkungen auf gleichermaßen Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Ziel der Maßnahmen gemäß § 10 HG 2023/2024, welche im Jahr 2024 über die notlagenbedingte Kreditermächtigung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 Buchstabe b HG 2023/2024 finanziert werden, ist insbesondere die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern mit geringem und mittlerem Einkommen, die Aufrechterhaltung öffentlicher Aufgaben sowie die Funktionsfähigkeit und Aufgabenwahrnehmung der privaten Wirtschaft und von wesentlichen sozialen und kulturellen Funktionen. Die gesetzlichen Änderungen dienen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit und stärken insofern das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in das Krisenmanagement der Landespolitik und Landesverwaltung.

**D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg**

Die Ministerin der Finanzen und für Europa beteiligt bei der Erstellung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes keine externen Stellen.

**E. Zuständigkeiten**

Ministerin der Finanzen und für Europa

## **Gesetzentwurf für ein**

### **Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024 – NTHG 2024)**

**Vom ...**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

##### **Änderung des Haushaltsgesetzes 2023/2024**

Das Haushaltsgesetz 2023/2024 vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 35) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „16 359 191 300“ durch die Angabe „16 729 875 300“ ersetzt.
2. § 2 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt geändert:
  - a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a werden die Wörter „der damit einhergehenden Vervielfachung der Energiepreise und der allgemeinen Inflation sowie der als Kriegsfolge aber auch aus anderen Gründen erneut angewachsenen Flüchtlingsbewegungen aus der Ukraine als auch aus anderen Herkunftsländern“ durch die Wörter „des damit einhergehenden Anstiegs der Energiepreise und der allgemeinen Inflation sowie der als Kriegsfolge aber auch aus anderen Gründen erneut angewachsenen Fluchtbewegungen aus der Ukraine als auch aus anderen Herkunftsländern sowie der durch die russische Aggression erheblich vor allem für Kritische Infrastrukturen verschärften Sicherheitslage“ ersetzt.
    - bb) In Buchstabe b wird die Angabe „800 000 000“ durch die Angabe „1 060 000 000“ ersetzt.
  - b) Satz 2 wird aufgehoben.
3. § 10 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „800 000 000“ durch die Angabe „1 060 000 000“ ersetzt.
  - b) Satz 2 wird aufgehoben.
  - c) Im neuen Satz 2 werden die Wörter „der damit einhergehenden Vervielfachung der Energiepreise und der allgemeinen Inflation sowie der erneut angewachsenen Flüchtlingsbewegungen“ durch die Wörter „des damit einhergehenden Anstiegs der Energiepreise und der allgemeinen Inflation sowie der erneut angewachsenen Fluchtbewegungen und der verschärften Sicherheitslage“ ersetzt.
4. Die Anlage erhält die aus dem Anhang zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

## **Begründung**

### **A. Allgemeiner Teil**

Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Änderung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 35). Mit ihm werden aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit Änderungen vorgenommen, die der Umsetzung der aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 veränderten rechtlichen Erwägungen im Hinblick auf die Haushaltsgrundsätze der Jährlichkeit und Jährigkeit dienen. Zugleich werden Änderungen bei den Einnahmen und Ausgaben vorgenommen, um die im Jahr 2024 bestehenden Bedarfe zur weiteren Bekämpfung der infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eingetretenen Energieknappheit, des damit einhergehenden Anstiegs der Energiepreise und der allgemeinen Inflation sowie der als Kriegsfolge aber auch aus anderen Gründen erneut angewachsenen Fluchtbewegungen sowie der durch die russische Aggression erheblich vor allem für Kritische Infrastrukturen verschärften Sicherheitslage decken zu können.

Nachdem der Landtag in seiner 77. Sitzung am 15. Dezember 2022 für die Jahre 2023 und 2024 eine außergewöhnliche Notsituation nach Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg festgestellt hat, erfolgte in der 98. Sitzung des Landtages am 20. Dezember 2023 die Beschlussfassung über das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation für das Jahr 2024. Auf dieser Grundlage ist zur Gewährleistung der Erhöhung des Volumens des Landeshaushalts um 260.000.000 Euro für das Haushaltsjahr 2024 eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2024 nach § 18b LHO beabsichtigt.

Darüber hinaus werden mit dem Gesetzentwurf die Voraussetzungen für die Einführung einer guthabenbasierten Bezahlkarte mit bundeseinheitlichen Mindeststandards geschaffen. Aufgrund der anhaltend hohen Migration haben auch in Brandenburg die Herausforderungen für das Land und insbesondere für die Kommunen deutlich zugenommen. Die Brandenburger Kommunen stoßen zunehmend an die Grenzen des Leistbaren bei der Aufnahme, der Unterbringung und der Versorgung von Flüchtlingen, so dass vielerorts die Gefahr einer Überforderung besteht. Der Bundeskanzler und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder hatten sich am 6. November 2023 darauf verständigt, Barauszahlungen an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuschränken. Die Einführung der guthabenbasierten Bezahlkarte soll neben weiteren Maßnahmen zur spürbaren Senkung der Zahl der neu ankommenden Personen aus Drittstaaten und zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes bei den Kommunen beitragen. Die Ausgaben für die Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Auswahl eines Dienstleisters, der die Einführung umsetzt, sowie für die Ausgabe und Aufladung der guthabenbasierten Bezahlkarten sind im Einzelplan 20 Kapitel 030 in der Titelgruppe 64 zu veranschlagen. Die Deckung der Ausgaben innerhalb der TGr. 64 erfolgt über eine zusätzliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage bei Kapitel 20 020, Titel 359 15.

## **B. Besonderer Teil**

Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Mit der Vorschrift erfolgt die Änderung einzelner Vorschriften des Haushaltsgesetzes 2023/2024 und des durch dieses Gesetz festgestellten und gemäß § 1 Satz 1 als Anlage beigefügten Haushaltsplanes.

Zu Nr. 1

Änderung des § 1 HG 2023/2024 - Feststellung des Haushaltsplanes

Die Nummer regelt die erforderliche Änderung im § 1 hinsichtlich der zahlenmäßigen Angabe des Gesamtabchlusses (Einnahmen und Ausgaben) für das Haushaltsjahr 2024, die sich aus dem Gesamtplan ergibt.

Zu Nr. 2

Zu Buchstabe a:

Zu Buchstaben aa:

§ 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 wird an die Formulierung des Beschlusses des Landtages vom 20. Dezember 2023 über das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Not-situation für das Jahr 2024 gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung angepasst.

Zu Buchstaben bb:

Die nach § 18 Absatz 3 Nummer 2 in Verbindung mit § 18b der LHO erteilte Krediter-mächtigung wird zur Bekämpfung der gemäß Beschluss des Landtages vom 20. De-zember 2023 nach Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 der Verfassung des Landes Brande-nburg für das Jahr 2024 fortbestehenden außergewöhnlichen Notsituation infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für das Jahr 2024 um 260.000.000 Euro angehoben.

Auf der Grundlage der aktualisierten Einschätzung unter Berücksichtigung der bisher eingewilligten Maßnahmen sowie der in 2023 bereits abgeflossenen Mittel ist für das Jahr 2024 von einem Mittelbedarf in Höhe von bis zu 1.060.000.000 Euro auszugehen, für:

1. Ergänzende Entlastungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger insbesondere mit geringem und mittlerem Einkommen

**120.000.000 Euro**

Berücksichtigt ist insbesondere die Ausweitung der Elternbeitragsfreiheit und Elternbeitragsbegrenzung in der Kindertagesbetreuung, welche u. a. die Anhe-

bung der generellen Elternbeitragsbefreiung für Krippe, Kita und Hort von 20.000 Euro Jahreseinkommen auf bis zu 35.000 Euro Jahreseinkommen sowie eine bis zu einem Jahreseinkommen zwischen 35.000 und 55.000 Euro in vier Schritten degressiv gestaffelte Elternbeitragsbegrenzung beinhaltet. Ebenfalls berücksichtigt ist der Landesanteil an den zusätzlichen Ausgaben für die Wohngeldnovelle (einschließlich Mehrbelastungsausgleich für die kommunalen Wohngeldstellen). Beide Maßnahmen zielen unmittelbar auf die Entlastung von Menschen mit geringem und mittleren Einkommen ab, die von der anhaltend erhöhten Inflation besonders betroffen sind.

2. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung öffentlicher Aufgaben, der Funktionsfähigkeit und Aufgabenwahrnehmung der privaten Wirtschaft sowie von Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Verbänden in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Sport, Gesundheit sowie im Sozialbereich

**370.000.000 Euro**

In diesen Maßnahmenbereich fallen unter anderem der Ausgleich gestiegener Sozialausgaben der Kommunen sowie die Kompensation der stark erhöhten Energiekosten im Rahmen der Verkehrsverträge für den schienengebundenen Personennahverkehr und für kommunale Verkehrsunternehmen im übrigen ÖPNV-Bereich. Obwohl die verfügbaren Daten in Bezug auf die Energiepreise eine sinkende Tendenz aufzeigen, wirkt sich diese gerade für private Haushalte erst stark verzögert aus. Vor diesem Hintergrund werden Energiekostenhilfen im Jahr 2024 grundsätzlich fortgeführt. Anpassungen werden Maßnahme spezifisch überprüft.

3. Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energiequellen, für einen Transformationsprozess hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Produktionsweise sowie den Ausbau der Erneuerbaren Energien

**340.000.000 Euro**

Berücksichtigt sind insbesondere das „Green Care and Hospital“ Programm sowie die Unterstützung der brandenburgischen Wirtschaft bei der Transformation hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Produktionsweise und die Unterstützung der Kommunen im Rahmen des Transformations- und Klimaschutzpaketes. Aufgrund der veränderten geopolitischen Lage in Folge der fortdauernden Ukraine Krise besteht weiterhin ein hohes Risiko für die Preisentwicklung und Versorgung mit fossilen Energieträgern, welches eine Fortführung von Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeiten erforderlich zeigt.

Im Gegensatz dazu lassen die inzwischen näher definierten Abrechnungsmodalitäten für das sogenannte „Deutschland-Ticket“ erkennen, dass wesentliche Ausgaben erst nach 2024, und damit außerhalb des Zeitraums der außergewöhnlichen Notsituation, fällig werden. Aus diesem Grund werden auch Zahlungen, die bereits 2023 und 2024 für diese Maßnahme anfallen durch reguläre Haushaltsmittel gedeckt (über eine zusätzliche Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage bei Kapitel 20 020, Titel 359 15). Zusätzlich fließen Einnahmen seitens des Bundes gem. § 9 Regionalisierungsgesetz zu.

4. Maßnahmen zur Aufnahme, Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Geflüchteten

**110.000.000 Euro**

In diesem Bereich ist vorrangig die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten zu nennen. Auch wenn die Anzahl der Flüchtenden aus der Ukraine im Jahr 2023 zurückgegangen ist, sind die Fluchtbewegungen aus anderen Herkunftsländern konstant hoch und stellen die Kommunen unverändert vor hohe Herausforderungen.

5. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung, zum Ausbau und zur Modernisierung Kritischer Infrastrukturen aufgrund veränderter Risiko- und Gefahrenlagen, insbesondere in Krisen- und Katastrophenfällen

**120.000.000 Euro**

Wesentliche Maßnahmen in diesem Bereich sind der Neubau und die Ausstattung von Katastrophenschutzlagern und Lagern von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie die Unterstützung der Einrichtung von Katastrophenschutz-Leuchttürmen (Kat-Leuchttürme) der Kommunen, die vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden abstrakten Bedrohungslage für die Sicherheit der Kritischen Infrastrukturen fortzusetzen sind.

In dem Antrag, der der Feststellung der außergewöhnlichen Notsituation für die Jahre 2023 und 2024 durch den Landtag Brandenburg am 15. Dezember 2022 zugrunde lag (LT-Drs. 7/6685), wurde zur Krisenbekämpfung als sechster Maßnahmenbereich zudem eine pauschale Vorsorge für solche Maßnahmen vorgesehen, die zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Dezember 2022 noch nicht absehbar waren oder zur Verstärkung der zuvor bezeichneten fünf Maßnahmenbereiche erforderlich würden. Diese pauschale Vorsorge wird aufgrund der aktualisierten Bedarfseinschätzung im Jahr 2024 aufgelöst und soweit erforderlich in reduzierter Höhe den einzelnen fünf Maßnahmenbereichen zugewiesen.

Zu Buchstabe b:

Infolge der Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 15. November 2023 zur Nichtigkeit des zweiten Nachtragshaushalts 2021 des Bundes ist die in § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 HG 2023/2024 enthaltene Möglichkeit zur Übertragung von in 2023 nicht ausgeschöpften Teilen der notlagenbedingten Kreditermächtigung auf das Haushaltsjahr 2024 zu streichen.

Mit dem Urteil fordert das Bundesverfassungsgericht, dass Beschlüsse des Gesetzgebers zur Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach Jahren getrennt zu ergehen haben und eine entsprechend jahresbezogene Kreditermächtigung erteilt wird, von der auch nur bis zum Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres Gebrauch gemacht werden kann (2 BvF 1/22, Rn 172, 173). Gemäß den Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts verfallen notlagenbedingte Kreditermächtigungen nach Ablauf des Rechnungsjahres, da für diese keine normierte Ausnahme von den Grundsätzen der Jährigkeit und Jährlichkeit existiere. Anderenfalls würden die durch den Beschluss des Haushaltsgesetzgebers festgestellte Notsituation und die tatsächliche Kreditaufnahme in unzulässiger Weise voneinander getrennt, obwohl sie inhaltlich aufeinander bezogen sind.



Die Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts erfolgten vor dem Hintergrund regelmäßig nur einjähriger Bundeshaushalte sowie der mit dem Bundesnachtragshaushalt 2021 intendierten Übertragung von Krediten in ein Sondervermögen, um deren mehrjährige Verfügbarkeit zu eröffnen.

Im Gegensatz dazu erfolgte in Brandenburg im Dezember 2022 die Beschlussfassung des Landtages Brandenburg zum Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation in zeitlicher Übereinstimmung mit dem Doppelhaushalt 2023/2024. Die im Doppelhaushalt veranschlagten Kreditermächtigungen von insgesamt 2.000.000.000 Euro sind gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 nach Jahren getrennt ausgewiesen und stehen nur in dem Zeitraum des Doppelhaushalts zur Verfügung. Eine Überführung in Sondervermögen erfolgt nicht. Die zur Bewältigung der außergewöhnlichen Notsituation vorgesehenen und aus den notlagenbedingten Kreditermächtigungen zu finanzierenden Maßnahmen sind ebenfalls auf den Zeitraum des Doppelhaushalts 2023/2024 beschränkt. Folglich besteht eine zeitliche Kongruenz von Notlagenerklärung, Kreditermächtigungen und den Maßnahmen zur Krisenbekämpfung.

Gleichwohl wird ausweislich des mehrheitlich gefassten Beschlusses des Landtages vom 20. Dezember 2023 über das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation im Land Brandenburg auch für das Jahr 2024 (Drs. 7/8968-B) aus Gründen der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit die Streichung der Übertragungsmöglichkeit gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 HG 2023/2024 für geboten erachtet und auf diesem Weg verfassungsrechtlichen Zweifelsfragen infolge der höchststrichterlichen Rechtsprechung begegnet.

Die im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.200.000.000 Euro zur Verfügung stehende Kreditermächtigung wird voraussichtlich im Umfang von bis zu 570.000.000 Euro in Anspruch genommen. Darüber hinaus nicht genutzte Teile der Ermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 verfallen mit dem endgültigen Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2023 gemäß § 18 Absatz 5 Satz 3 LHO. Betrachtet über die Jahre 2023 und 2024 reduziert sich folglich das Gesamtvolumen des „Brandenburg-Pakets“ gegenüber der Notlagenerklärung vom Dezember 2022 um 370.000.000 Euro aufgrund der aktuellen Bedarfssituation auf 1.630.000.000 Euro.

Zu Nr. 3

Zu Buchstabe a:

Die in § 10 Satz 1 Nummer 2 bisher vorgesehene Ermächtigung des für Finanzen zuständigen Ministeriums wird der Höhe nach an die, aufgrund der fortbestehenden außergewöhnlichen Notsituation, unabweisbaren Bedarfe angepasst. Auf der Grundlage der aktuellen Einschätzung und unter Berücksichtigung der bisher eingewilligten Maßnahmen sowie der in 2023 bereits abgeflossenen Mittel zeichnet sich für das Jahr 2024 ein Mittelbedarf in Höhe von 1.060.000.000 Euro ab. Korrespondierend zur Anpassung der notlagenbedingten Kreditermächtigung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 1 Buchstabe b, welche für die Deckung der Mehrausgaben bei Bedarf im Haushaltsvollzug in Anspruch genommen werden kann, steigt die Gesamthöhe der möglichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2024 um 260.000.000 Euro.

Zu Buchstabe b:

Korrespondierend zur Streichung der in § 2 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 bisher vorge-

sehenen Übertragungsmöglichkeit von in 2023 nicht ausgeschöpften Teilen der notlagenbedingten Kreditermächtigung auf das Haushaltsjahr 2024, erfolgt mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023 ebenfalls die Streichung der im bisherigen Satz 2 vorgesehenen Übertragungsmöglichkeit von in 2023 nicht ausgeschöpften Teilen der Ermächtigung zur Einwilligung in Mehrausgaben.

Zu Buchstabe c:

Durch die Streichung des bisherigen Satzes 2 wird der bisherige Satz 3 zum neuen Satz 2. Darüber hinaus erfolgt eine Anpassung an die Formulierung des Beschlusses des Landtages vom 20. Dezember 2023 über das Fortbestehen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung.

Zu Nr. 4

Die Regelung ändert den mit dem Haushaltsgesetz 2023/2024 gemäß § 1 Satz 1 festgestellten und als Anlage beigefügten Gesamtplan für das Haushaltsjahr 2024. Die erfolgten Änderungen sind in den dem Gesetz beigefügten Übersichten (Teil I Haushaltsübersicht A – Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne - sowie Haushaltsübersicht B - Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme -, Teil II – Finanzierungsübersicht – und Teil III – Kreditfinanzierungsplan –) abgebildet.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das In-Kraft-Treten.



**H a u s h a l t s p l a n**  
**des Landes Brandenburg**  
**für das Haushaltsjahr 2024**

**Gesamtplan**

- |      |                         |   |
|------|-------------------------|---|
| I.   | Haushaltsübersicht      | (§ 13 Absatz 4 Nummer 1 LHO)  |
|      | A.                      | Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne                                    |
|      | B.                      | Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne<br>und deren Inanspruchnahme |
| II.  | Finanzierungsübersicht  | (§ 13 Absatz 4 Nummer 2 LHO)  |
| III. | Kreditfinanzierungsplan | (§ 13 Absatz 4 Nummer 3 LHO)  |

## Teil I Haushaltsübersicht 2024

### A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan/ Ressort		Einnahmen					Ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1		2	3	4	5	6	7
01	LT		86.500			86.500	46.805.300
02	Stk		11.800	1.361.400		1.373.200	16.142.100
03	MIK		66.277.200	17.008.100	22.000.000	105.285.300	521.657.100
04	MdJ		187.222.200	31.194.200	2.092.500	220.508.900	314.160.000
05	MBJS		1.579.100	73.258.200	33.250.000	108.087.300	1.528.219.100
06	MWFK		7.468.400	184.317.600	95.776.300	287.562.300	27.550.100
07	MSGIV		23.388.400	211.445.800	78.739.500	313.573.700	90.563.400
08	MWAE		11.489.100	365.041.700	142.675.300	519.206.100	36.979.500
10	MLUK	15.480.000	39.952.000	233.736.300	212.379.900	501.548.200	116.144.300
11	MIL		3.861.900	522.566.800	194.140.000	720.568.700	41.210.500
mehr(+)/weniger(-)				<b>+32.800.000</b>		<b>+32.800.000</b>	
11 neuer Ansatz			<b>3.861.900</b>	<b>555.366.800</b>	<b>194.140.000</b>	<b>753.368.700</b>	<b>41.210.500</b>
12	MdFE		43.671.900	48.827.500	30.000	92.529.400	230.178.800
13	LRH		20.000		88.000	108.000	11.705.100
14	VerfG						635.700
20	AFV	10.902.710.000	79.635.200	1.242.568.000	1.263.840.500	13.488.753.700	970.799.100
mehr(+)/weniger(-)					<b>+337.884.000</b>	<b>+337.884.000</b>	
20 neuer Ansatz		<b>10.902.710.000</b>	<b>79.635.200</b>	<b>1.242.568.000</b>	<b>1.601.724.500</b>	<b>13.826.637.700</b>	<b>970.799.100</b>
Summe 2024		<b>10.918.190.000</b>	<b>464.663.700</b>	<b>2.931.325.600</b>	<b>2.045.012.000</b>	<b>16.359.191.300</b>	<b>3.952.750.100</b>
mehr(+)/weniger(-)				<b>+32.800.000</b>	<b>+337.884.000</b>	<b>+370.684.000</b>	
Summe 2024 neu		<b>10.918.190.000</b>	<b>464.663.700</b>	<b>2.964.125.600</b>	<b>2.382.896.000</b>	<b>16.729.875.300</b>	<b>3.952.750.100</b>
Summe 2023 neu		<b>10.438.590.000</b>	<b>466.530.400</b>	<b>2.632.951.000</b>	<b>3.116.612.400</b>	<b>16.654.683.800</b>	<b>3.902.780.400</b>
Vgl. zu 2023 neu		+479.600.000	-1.866.700	+331.174.600	-733.716.400	+75.191.500	+49.969.700

# Teil I Haushaltsübersicht 2024

## A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
9.102.000	13.352.500		801.900		70.061.700	-69.975.200
5.874.200	6.947.000		2.580.000		31.543.300	-30.170.100
270.664.400	29.253.100	37.000	49.106.200	-4.263.800	866.454.000	-761.168.700
204.872.500	36.409.600	266.000	16.647.400		572.355.500	-351.846.600
39.555.700	1.269.972.500		37.074.000	-19.808.100	2.855.013.200	-2.746.925.900
14.878.100	917.690.500		124.411.800	-4.983.400	1.079.547.100	-791.984.800
22.831.500	1.281.347.700		143.004.200	58.715.400	1.596.462.200	-1.282.888.500
27.196.300	257.377.900		385.606.400	-5.819.300	701.340.800	-182.134.700
108.438.500	368.188.700	38.841.300	216.358.100	2.600	847.973.500	-346.425.300
16.988.900	831.720.600		464.370.500	-5.008.200	1.349.282.300	-628.713.600
	<b>+108.800.000</b>				<b>+108.800.000</b>	<b>-76.000.000</b>
<b>16.988.900</b>	<b>940.520.600</b>		<b>464.370.500</b>	<b>-5.008.200</b>	<b>1.458.082.300</b>	<b>-704.713.600</b>
62.918.500	45.616.700		69.511.900	-2.000.000	406.225.900	-313.696.500
2.642.800			10.000		14.357.900	-14.249.900
315.400					951.100	-951.100
481.812.400	3.773.275.000	200.000	254.655.100	486.881.200	5.967.622.800	+7.521.130.900
<b>+1.884.000</b>				<b>+260.000.000</b>	<b>+261.884.000</b>	<b>+76.000.000</b>
<b>483.696.400</b>	<b>3.773.275.000</b>	<b>200.000</b>	<b>254.655.100</b>	<b>746.881.200</b>	<b>6.229.506.800</b>	<b>+7.597.130.900</b>
<b>1.268.091.200</b>	<b>8.831.151.800</b>	<b>39.344.300</b>	<b>1.764.137.500</b>	<b>503.716.400</b>	<b>16.359.191.300</b>	<b>0</b>
<b>+1.884.000</b>	<b>+108.800.000</b>			<b>+260.000.000</b>	<b>+370.684.000</b>	<b>0</b>
<b>1.269.975.200</b>	<b>8.939.951.800</b>	<b>39.344.300</b>	<b>1.764.137.500</b>	<b>763.716.400</b>	<b>16.729.875.300</b>	<b>0</b>
<b>1.186.216.200</b>	<b>8.661.785.100</b>	<b>41.130.000</b>	<b>1.936.004.900</b>	<b>926.767.200</b>	<b>16.654.683.800</b>	<b>0</b>
+83.759.000	+278.166.700	-1.785.700	-171.867.400	-163.050.800	+75.191.500	0

## Teil I Haushaltsübersicht 2024

### B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Einzel- plan	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2023	2024	2025	2026	2027 ff.
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
01	Landtag					
02	Ministerpräsidentin, Ministerpräsident und Staats- kanzlei	3.313,3	1.023,8	1.023,8		
03	Ministerium des Innern und für Kommunales	331.610,0	16.643,3	5.683,3	8.260,0	2.700,0
04	Ministerium der Justiz	2.850,0	474,7	138,2	149,5	187,0
05	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	74.602,4	33.663,5	23.524,0	8.923,5	1.216,0
06	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur	30.279,6	36.877,3	10.611,9	6.894,4	19.371,0
07	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz	59.739,6	50.430,8	27.175,5	15.946,8	7.308,5
08	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie	1.399.645,4	893.401,0	251.063,8	233.323,2	409.014,0
10	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klima- schutz	440.853,0	470.740,8	323.453,5	93.262,0	54.025,3
11	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung	676.181,8	621.430,7	287.337,1	128.947,2	205.146,4
12	Ministerium der Finanzen und für Europa	60.137,1	54.982,1	23.279,5	22.966,3	8.736,3
13	Landesrechnungshof					
14	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg					
20	Allgemeine Finanzverwaltung	1.761.800,0	1.270.620,0	272.070,0	262.950,0	735.600,0
	<b>Zusammen</b>	<b>4.841.012,2</b>	<b>3.450.288,0</b>	<b>1.225.360,6</b>	<b>781.622,9</b>	<b>1.443.304,5</b>

## Teil II Finanzierungsübersicht 2024

	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 (Mio EUR)	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-) (Mio EUR)	Neuer Haushalts- ansatz 2024 (Mio EUR)
<b>I. HAUSHALTSVOLUMEN</b>	<b>16.359,2</b>	<b>+370,7</b>	<b>16.729,9</b>
<b>II. ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>			
<b>1. Ausgaben</b> (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags und haushaltstechnische Verrechnungen)	<b>16.207,1</b>	<b>+370,7</b>	<b>16.577,8</b>
<b>2. Einnahmen</b> (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und haushaltstechnischen Verrechnungen)	<b>14.766,7</b>	<b>+32,8</b>	<b>14.799,5</b>
<b>3. Finanzierungssaldo</b>	<b>-1.440,5</b>	<b>-337,9</b>	<b>-1.778,3</b>
<b>III. AUSGLEICH DES FINANZIERUNGSSALDOS</b>			
<b>4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt</b>	<b>740,2</b>	<b>+260,0</b>	<b>1.000,2</b>
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	3.571,5	+260,0	3.831,5
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	-2.831,3	--	-2.831,3
4.21 planmäßige Tilgungen	-1.331,3	--	-1.331,3
4.22 mögliche vorzeitige Tilgungen	-500,0	--	-500,0
4.23 Tilgungen kurzfristiger Schulden	-1.000,0	--	-1.000,0
4.3 Ausgaben zur Tilgung notlagenbedingter Kredite	-85,3	--	-85,3
<b>5. Rücklagenbewegung</b>	<b>700,3</b>	<b>+77,9</b>	<b>778,2</b>
5.1 Entnahmen aus Rücklagen	767,0	+77,9	844,9
5.2 Zuführungen an Rücklagen	-66,8	--	-66,8
<b>6. Abwicklung der Vorjahre</b>	<b>--</b>	<b>--</b>	<b>--</b>
6.1 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	--	--	--
6.2 Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	--	--	--
<b>7. Haushaltstechnische Verrechnungen</b>	<b>--</b>	<b>--</b>	<b>--</b>
7.1 Ausgaben	0,0	--	0,0
7.2 Einnahmen	0,0	--	0,0
<b>zusammen</b>	<b>1.440,5</b>	<b>+337,9</b>	<b>1.778,3</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.



### Teil III Kreditfinanzierungsplan 2024

	Bisheriger Haushalts- ansatz 2024 (Mio EUR)	Es treten hinzu (+) oder fallen weg (-) (Mio EUR)	Neuer Haushalts- ansatz 2024 (Mio EUR)
<b>I. EINNAHMEN AUS KREDITEN</b>			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 3.571,5	-- +260,0	-- 3.831,5
Zusammen	3.571,5	+260,0	3.831,5
<b>II. TILGUNGS-AUSGABEN FÜR KREDITE</b>			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 2.831,3	-- --	-- 2.831,3
Zusammen	2.831,3	--	2.831,3
<b>III. NETTONEUVERSCHULDUNG insgesamt</b>			
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt	-- 740,2	-- +260,0	-- 1.000,2
Zusammen	740,2	+260,0	1.000,2

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.



LAND  
BRANDENBURG

# **Entwurf Nachtrag zum Haushaltsplan 2024**

Einzelplan 11  
Ministerium für Infrastruktur und  
Landesplanung

# Haushaltsübersicht 2024

## Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		374.300			374.300	23.034.600
11020		29.000		76.997.200	77.026.200	110.600
11040		136.000		50.167.000	50.303.000	
11060			25.000.000	56.975.800	81.975.800	
11200		1.525.000	1.127.000		2.652.000	
11400		1.512.600	387.000		1.899.600	18.065.300
11460				8.000.000	8.000.000	
11470		135.000			135.000	
11500		150.000	496.052.800	2.000.000	498.202.800	
mehr(+)/weniger(-)			+32.800.000		+32.800.000	
11500 neuer Ansatz		150.000	528.852.800	2.000.000	531.002.800	
Summe 2024		3.861.900	522.566.800	194.140.000	720.568.700	41.210.500
mehr(+)/weniger(-)			+32.800.000		+32.800.000	
Summe 2024 neu		3.861.900	555.366.800	194.140.000	753.368.700	41.210.500
Summe 2023 neu		3.861.900	497.070.800	187.023.500	687.956.200	39.715.800
Vgl. zu 2023 neu			+58.296.000	+7.116.500	+65.412.500	+1.494.700

# Haushaltsübersicht 2024

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
4.488.800			63.000		27.586.400	-27.212.100
1.146.200	5.903.100		78.847.200	-5.008.200	80.998.900	-3.972.700
660.500	1.084.500		97.903.000		99.648.000	-49.345.000
283.100	50.000.000		60.968.900		111.252.000	-29.276.200
1.961.100	4.135.300		41.683.200		47.779.600	-45.127.600
5.162.400	60.000		737.200		24.024.900	-22.125.300
1.297.300	176.837.700		139.008.000		317.143.000	-309.143.000
1.424.500	798.000		4.160.000		6.382.500	-6.247.500
565.000	592.902.000		41.000.000		634.467.000	-136.264.200
	<b>+108.800.000</b>				<b>+108.800.000</b>	<b>-76.000.000</b>
<b>565.000</b>	<b>701.702.000</b>		<b>41.000.000</b>		<b>743.267.000</b>	<b>-212.264.200</b>
<b>16.988.900</b>	<b>831.720.600</b>		<b>464.370.500</b>	<b>-5.008.200</b>	<b>1.349.282.300</b>	<b>-628.713.600</b>
	<b>+108.800.000</b>				<b>+108.800.000</b>	<b>-76.000.000</b>
<b>16.988.900</b>	<b>940.520.600</b>		<b>464.370.500</b>	<b>-5.008.200</b>	<b>1.458.082.300</b>	<b>-704.713.600</b>
<b>16.101.600</b>	<b>795.459.300</b>		<b>402.650.300</b>	<b>-4.665.300</b>	<b>1.249.261.700</b>	<b>-561.305.500</b>
+887.300	+145.061.300		+61.720.200	-342.900	+208.820.600	-143.408.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

**Titelgruppen**

**Einnahmen**

**TGr. 65 Deutschlandticket (Regionalisierungsgesetz)**

neuer Vermerk: Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei 231 65 geleistet werden.  
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 231 65 geleistet werden.

neuer Vermerk: Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

**Erläuterungen:**

(§ 17 Abs. 3 LHO)

In der Ministerpräsidentenkonferenz am 2. November 2022 und am 8. Dezember 2022 haben sich die Bundesregierung und die Länder auf ein digitales, deutschlandweit gültiges "Deutschlandticket" für den ÖPNV mit einem Einführungspreis von 49 Euro pro Monat im monatlich kündbaren Abonnement geeinigt. Gemäß den "Muster-Richtlinien zum Ausgleich nicht gedeckter Ausgaben im ÖPNV im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2024 aus Bundes- und Landesmitteln" vom 16. November 2023, die in eine Landesrichtlinie überführt werden, beteiligt sich der Bund hälftig an den Kosten. Die hälftige Finanzierung von Bund und Ländern wird im Rahmen der durchzuführenden Spitzabrechnungen abgesichert.

<b>231 65</b>	<b>741</b>	<b>Zuweisungen des Bundes - Verlustausgleich Deutschland-</b>	<b>+32.800.000</b>	<b>32.800.000</b>
<b>neu</b>		<b>ticket</b>		

neuer Vermerk: Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 65 .

**Erläuterungen:**

Gemäß § 9 Abs. 2 des Regionalisierungsgesetzes stellt der Bund den Ländern für den Ausgleich der durch die Einführung und Umsetzung des Deutschlandtickets entstandenen finanziellen Nachteile für die Kalenderjahre 2023-2025 1,5 Mrd. Euro pro Kalenderjahr zur Verfügung. Gemäß § 9 Abs. 5 des Regionalisierungsgesetzes haben die Länder einvernehmlich die Verteilung der Bundesmittel in einer Endabrechnung an die je Kalenderjahr tatsächlich entstandenen finanziellen Nachteile im öffentlichen Personennahverkehr in eigener Verantwortung anzupassen.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 65	<b>+32.800.000</b>	<b>32.800.000</b>
-----------------------	---------------	--------------------	-------------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	<b>0</b>	<b>+32.800.000</b>	<b>32.800.000</b>
-----------------------	----------------------------------	----------	--------------------	-------------------

**11**                    **Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung**  
**11 500**               **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

*Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig:  
537 10, 632 10, 633 10, 682 10, 682 20, 682 30, 682 40, 683 10, 683 20, 883 10, 883 20, 883 60, 685 10, 891 10, 891 20, 891  
40, 892 10, 633 60.*

*(Rück-)Einnahmen Dritter dürfen von den Ausgaben nach Regionalisierungsgesetz abgesetzt werden.*

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Titelgruppen

## Ausgaben

### TGr. 65 Deutschlandticket (Regionalisierungsgesetz)

633 65 neu	741	Zuweisungen an Aufgabenträger - Verlustausgleich Deutschlandticket		+30.000.000	30.000.000
682 65 neu	741	Zuweisungen an öffentliche Unternehmen - Verlustausgleich Deutschlandticket		+2.000.000	2.000.000
683 65 neu	741	Zuweisungen an private Unternehmen - Verlustausgleich Deutschlandticket		+800.000	800.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 65				+32.800.000	32.800.000

### TGr. 66 Deutschlandticket (Landesmittel)

neuer Vermerk: Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

#### Erläuterungen:

Gemäß den Beschlüssen von VMK und MPK haben sich Bund und Länder auf eine hälftige Finanzierung des Deutschlandtickets geeinigt. Das Land erstattet die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten durch Tarifierung des Deutschlandtickets anfallenden Kosten. Aufgrund der strikten Konnexität und der ab 1. Mai 2024 zu erwartenden Preissteigerung für das Deutschlandticket ist ein erhöhter Landesanteil vorgesehen. Die hälftige Finanzierung von Bund und Ländern wird im Nachgang im Rahmen der durchzuführenden Spitzabrechnungen abgesichert.

633 66 neu	741	Zuweisungen an Aufgabenträger - Verlustausgleich Deutsch- landticket		+75.000.000	75.000.000
682 66 neu	741	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen - Verlustausgleich Deutschlandticket		+500.000	500.000
683 66 neu	741	Zuschüsse an private Unternehmen - Verlustausgleich Deutschlandticket		+500.000	500.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 66				+76.000.000	76.000.000

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	123.779.200	+108.800.000	232.579.200
---	-------------	--------------	-------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Abschluss

### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	150.000	0	150.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	496.052.800	+32.800.000	528.852.800
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	2.000.000	0	2.000.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>498.202.800</b>	<b>+32.800.000</b>	<b>531.002.800</b>

### Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	565.000	0	565.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	592.902.000	+108.800.000	701.702.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	41.000.000	0	41.000.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>634.467.000</b>	<b>+108.800.000</b>	<b>743.267.000</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-136.264.200</b>	<b>-76.000.000</b>	<b>-212.264.200</b>







LAND  
BRANDENBURG

# **Entwurf Nachtrag zum Haushaltsplan 2024**

Einzelplan 20  
Allgemeine Finanzverwaltung

# Haushaltsübersicht 2024

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
20010	10.901.710.000				10.901.710.000	
20020	1.000.000	50.755.000	1.138.624.900	410.061.500	1.600.441.400	354.236.300
mehr(+)/weniger(-)				<b>+77.884.000</b>	<b>+77.884.000</b>	
20020 neuer Ansatz	<b>1.000.000</b>	<b>50.755.000</b>	<b>1.138.624.900</b>	<b>487.945.500</b>	<b>1.678.325.400</b>	<b>354.236.300</b>
20030		500.000	52.848.100		53.348.100	33.700
mehr(+)/weniger(-)						
20030 neuer Ansatz		<b>500.000</b>	<b>52.848.100</b>		<b>53.348.100</b>	<b>33.700</b>
20060						
20070			800.000	1.170.000	1.970.000	
20080				6.000.000	6.000.000	
20090				15.000.000	15.000.000	
20610		17.806.300			17.806.300	
20630		7.873.000		6.146.000	14.019.000	
20650				825.463.000	825.463.000	
mehr(+)/weniger(-)				<b>+260.000.000</b>	<b>+260.000.000</b>	
20650 neuer Ansatz				<b>1.085.463.000</b>	<b>1.085.463.000</b>	
20710		2.700.900	50.295.000		52.995.900	616.529.100
Summe 2024	<b>10.902.710.000</b>	<b>79.635.200</b>	<b>1.242.568.000</b>	<b>1.263.840.500</b>	<b>13.488.753.700</b>	<b>970.799.100</b>
mehr(+)/weniger(-)				<b>+337.884.000</b>	<b>+337.884.000</b>	
Summe 2024 neu	<b>10.902.710.000</b>	<b>79.635.200</b>	<b>1.242.568.000</b>	<b>1.601.724.500</b>	<b>13.826.637.700</b>	<b>970.799.100</b>
Summe 2023 neu	<b>10.423.110.000</b>	<b>78.508.200</b>	<b>1.214.761.000</b>	<b>2.253.751.400</b>	<b>13.970.130.600</b>	<b>957.037.700</b>
Vgl. zu 2023 neu	+479.600.000	+1.127.000	+27.807.000	-652.026.900	-143.492.900	+13.761.400

# Haushaltsübersicht 2024

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
	100				100	+10.901.709.900
84.583.600	29.707.100		7.271.900	481.234.200	957.033.100	+643.408.300
				<b>+260.000.000</b>	<b>+260.000.000</b>	<b>-182.116.000</b>
<b>84.583.600</b>	<b>29.707.100</b>		<b>7.271.900</b>	<b>741.234.200</b>	<b>1.217.033.100</b>	<b>+461.292.300</b>
694.300	3.223.822.100		212.386.100		3.436.936.200	-3.383.588.100
<b>+1.884.000</b>					<b>+1.884.000</b>	<b>-1.884.000</b>
<b>2.578.300</b>	<b>3.223.822.100</b>		<b>212.386.100</b>		<b>3.438.820.200</b>	<b>-3.385.472.100</b>
	3.000				3.000	-3.000
800.000	65.000	200.000	970.000		2.035.000	-65.000
	639.000		6.000.000		6.639.000	-639.000
2.500.000	1.850.000		10.200.000		14.550.000	+450.000
500.000	4.853.700		13.534.800		18.888.500	-1.082.200
16.850.000	775.000		4.292.300	5.647.000	27.564.300	-13.545.300
375.873.600					375.873.600	+449.589.400
<b>375.873.600</b>					<b>375.873.600</b>	<b>+709.589.400</b>
10.900	511.560.000				1.128.100.000	-1.075.104.100
<b>481.812.400</b>	<b>3.773.275.000</b>	<b>200.000</b>	<b>254.655.100</b>	<b>486.881.200</b>	<b>5.967.622.800</b>	<b>+7.521.130.900</b>
<b>+1.884.000</b>				<b>+260.000.000</b>	<b>+261.884.000</b>	<b>+76.000.000</b>
<b>483.696.400</b>	<b>3.773.275.000</b>	<b>200.000</b>	<b>254.655.100</b>	<b>746.881.200</b>	<b>6.229.506.800</b>	<b>+7.597.130.900</b>
<b>403.383.100</b>	<b>3.908.136.700</b>	<b>200.000</b>	<b>562.840.400</b>	<b>900.418.300</b>	<b>6.732.016.200</b>	<b>+7.238.114.400</b>
+80.313.300	-134.861.700		-308.185.300	-153.537.100	-502.509.400	+359.016.500

20 Allgemeine Finanzverwaltung  
20 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

Einnahmen
-----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 15	851	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	408.511.500	+77.884.000	486.395.500
--------	-----	---------------------------------------	-------------	-------------	-------------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

**Erläuterungen:**

Einnahmen (zusätzliche Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage) sind zulässig zur Deckung von unvorhergesehenen und unabweisbaren Mehrausgaben sowie zur Verringerung oder Vermeidung eines Fehlbetrags (gem. § 25 LHO).

aus Titelgruppen:		1.550.000	0	1.550.000
-------------------	--	-----------	---	-----------

Summe HGr. 3:		410.061.500	+77.884.000	487.945.500
---------------	--	-------------	-------------	-------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Ausgaben

### HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

971 20 neu	881	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen des Ukraine-Krieges in allen Einzelplänen	800.000.000	+260.000.000	1.060.000.000
---------------	-----	--	-------------	--------------	---------------

Die Ausgaben sämtlicher Einzelpläne dürfen aus diesem Ansatz verstärkt werden.  
Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2021 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2022 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2023 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2024 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2023					
2024			500.000.000		500.000.000
2025					
2026					
2027 ff.					
<b>Summen</b>			<b>500.000.000</b>		<b>500.000.000</b>

#### Erläuterungen:

Der Titel dient der Deckung von Ausgaben, in die unter Anwendung des § 10 HG 2023/2024 vom Ministerium der Finanzen und für Europa eingewilligt wurde.

Die veranschlagten Ausgaben werden finanziert aus der Nettokreditaufnahme gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 3 HG 2023/2024 zur Bekämpfung und zum teilweisen Ausgleich der Folgen auf Basis der Feststellung des Landtages zum Bestehen einer außergewöhnlichen

Notsituation aufgrund Energieknappheit, Energiepreissteigerungen, allgemein hoher Inflation, erneut angewachsener Fluchtbewegungen und einer verschärften Sicherheitslage vor allem für Kritische Infrastrukturen.

Summe HGr. 9:		481.234.200	+260.000.000	741.234.200
---------------	--	-------------	--------------	-------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Abschluss

### Einnahmen

HGr. 0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1.000.000	0	1.000.000
HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	50.755.000	0	50.755.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.138.624.900	0	1.138.624.900
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	410.061.500	+77.884.000	487.945.500
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>1.600.441.400</b>	<b>+77.884.000</b>	<b>1.678.325.400</b>

### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	354.236.300	0	354.236.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	84.583.600	0	84.583.600
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	29.707.100	0	29.707.100
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	7.271.900	0	7.271.900
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	481.234.200	+260.000.000	741.234.200
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>957.033.100</b>	<b>+260.000.000</b>	<b>1.217.033.100</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>643.408.300</b>	<b>-182.116.000</b>	<b>461.292.300</b>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Titelgruppen

## Ausgaben

TGr. 64 Einführung von guthabenbasierten Bezahlkarten mit bundeseinheitlichen Mindeststandards für die Kommunen des Landes Brandenburg zur Auszahlung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

533 64 neu	287	<b>Ausgaben für die Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Einführung von guthabenbasierten Bezahlkarten</b>	<b>+90.000</b>	<b>90.000</b>
---------------	-----	--	----------------	---------------

### Erläuterungen:

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Veranschlagt sind die Ausgaben zur Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Auswahl eines Dienstleisters für die Ausgabe und Aufladung von guthabenbasierten Bezahlkarten.

Die Vergabe erfolgt für die teilnehmenden Länder. Die Kosten werden anteilig vom Land Brandenburg und den weiteren beteiligten Ländern getragen.

Die Mittel werden vom Ministerium des Inneren und für Kommunales bewirtschaftet.

546 64 neu	287	<b>Ausgaben für die Einführung und den Betrieb von guthabenbasierten Bezahlkarten</b>	<b>+1.794.000</b>	<b>1.794.000</b>
---------------	-----	---	-------------------	------------------

### Erläuterungen:

Dieser Titel gehört nicht zum Steuerverbund.

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Einführung und den Betrieb von guthabenbasierten Bezahlkarten mit bundeseinheitlichen Mindeststandards.

Die Bezahlkarten werden von den Kommunen des Landes Brandenburg zur Auszahlung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) genutzt.

Die Mittel werden vom Ministerium des Inneren und für Kommunales bewirtschaftet.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 64	<b>+1.884.000</b>	<b>1.884.000</b>
-----------------------	---------------	-------------------	------------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	<b>41.258.000</b>	<b>+1.884.000</b>	<b>43.142.000</b>
-----------------------	---------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------



Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Abschluss

### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	500.000	0	500.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	52.848.100	0	52.848.100
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>53.348.100</b>	<b>0</b>	<b>53.348.100</b>

### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	33.700	0	33.700
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	694.300	+1.884.000	2.578.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.223.822.100	0	3.223.822.100
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	212.386.100	0	212.386.100
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>3.436.936.200</b>	<b>+1.884.000</b>	<b>3.438.820.200</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-3.383.588.100</b>	<b>-1.884.000</b>	<b>-3.385.472.100</b>

20 Allgemeine Finanzverwaltung  
20 650 Schuldenverwaltung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Einnahmen

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

<b>325 10</b>	<b>831</b>	<b>Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt</b>	<b>800.000.000</b>	<b>+260.000.000</b>	<b>1.060.000.000</b>
---------------	------------	---	--------------------	---------------------	----------------------

*Den Einnahmen aus Kreditaufnahmen wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr fälligen Krediten zu.*

*Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden.*

*Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zugunsten des abgelaufenen Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.*

### Erläuterungen:

In 2023 und 2024 Veranschlagung einer Kreditaufnahme auf Basis der Feststellung des Landtages zum Bestehen einer außergewöhnlichen Notsituation nach Art. 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung Brandenburg i. V. m. § 18b LHO zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen in den Jahren 2023 und 2024 zur Bekämpfung und zum teilweisen Ausgleich der in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eingetretenen Energieknappheit, Energiepreissteigerungen, allgemein hohen Inflation, erneut angewachsener Fluchtbewegungen und einer verschärften Sicherheitslage vor allem für Kritische Infrastrukturen.

<b>Summe HGr. 3:</b>	<b>825.463.000</b>	<b>+260.000.000</b>	<b>1.085.463.000</b>
----------------------	--------------------	---------------------	----------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2024	mehr (+) weniger (-)	Ansatz neu 2024
			Angaben in EUR		

## Abschluss

### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	825.463.000	+260.000.000	1.085.463.000
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>825.463.000</b>	<b>+260.000.000</b>	<b>1.085.463.000</b>

### Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	375.873.600	0	375.873.600
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>375.873.600</b>	<b>0</b>	<b>375.873.600</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>449.589.400</b>	<b>+260.000.000</b>	<b>709.589.400</b>